

#schlaglicht

Nr. 05/2019

NIEDERSACHSEN

DGB

DGB-BEZIRK NIEDERSACHSEN – BREMEN – SACHSEN-ANHALT

7. FEBRUAR 2019

316.000 Niedersachsen auf Zweitjob angewiesen!

Die Parole lautet Aufschwung. Seit zehn Jahren kennen die offiziellen Statistiken nur eine Richtung: Es geht aufwärts mit den Beschäftigtenzahlen. Schon macht der Mythos von einem neuen Wirtschaftswunder die Runde. Aber ganz so einfach ist es leider nicht. Denn ob gute Arbeitsplätze entstehen, bleibt viel zu häufig im Dunkeln. Das ist kein Wunder: Ein ungeschminkter Blick offenbart die Schattenseiten hinter den angeblich rosigen Zeiten für die Beschäftigten.

Die Achillesferse sind die Löhne: Fast ein Fünftel der Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen verdient weniger als 2.000 Euro brutto im Monat. Nach Abzügen macht das rund 1.400 Euro auf dem Konto. Nicht eben viel, um über die Runden zu kommen. Denn der finanzielle Druck ist groß. Weil die Mieten unaufhörlich steigen, ist mehr Geld für eine angemessene Wohnung nötig. Fallen außerplanmäßige Ausgaben wie eine kaputte Waschmaschine oder der Schulausflug der Kinder an, kann es am Monatsende schon mal eng werden. Schon kleine Annehmlichkeiten sind oft nicht zu schultern. Ein Kinobesuch oder Urlaub bleibt für viele unerschwinglich. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Folgen niedriger Verdienste auf die Struktur des Arbeitsmarktes durchschlagen.

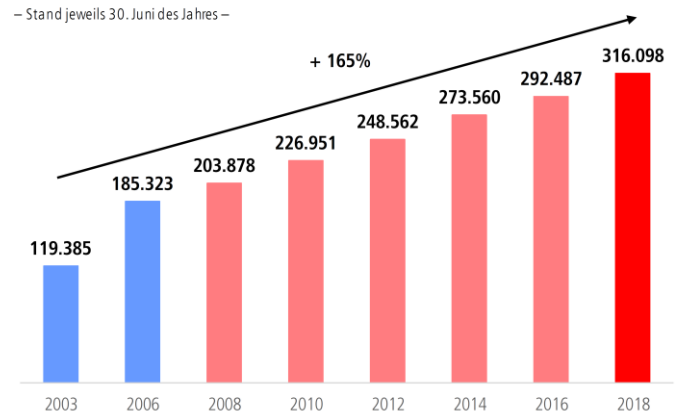
Fakt ist: Die Zahl der Menschen in Niedersachsen, die einen zweiten Arbeitsplatz benötigen, ist in ungeahnte Höhen emporgeschossen. Für viele heißt es: Nach dem Job ist vor dem Job. Über 316.000 Beschäftigte üben zwei Tätigkeiten aus. Ein Anstieg von unglaublichen 165 Prozent seit 2003 (siehe Grafik). Insgesamt haben knapp 10 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Zweitjob. Und der Großteil macht das nicht aus Spaß an der Freude. Die meisten sind dringend auf ein zusätzliches Einkommen angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Freiwilligkeit ist ein Ammenmärchen. Zusätzlich ist es für die Betroffenen eine extreme physische und psychische Belastung. Die Auswirkungen auf die Gesundheit sind kaum absehbar!

Doch überraschend ist der Befund nur bedingt: Neben gut abgesicherten Bereichen mit Tariflöhnen, ist eine Grauzone entstanden. Dort treiben prekäre Arbeitsbedingungen samt Niedriglöhnen ihr Unwesen. Viele Arbeitgeber steigen aus der Tarifbindung aus, um die Gehälter zu drücken. Von Sozialpartnerschaft keine Spur. Und greift der Mindestlohn, kennt die kriminelle Energie vieler Betriebe häufig keine Grenzen. 212.000 niedersächsische Beschäftigte werden durch Umgehungsstrategien um ihr hart verdientes Geld gebracht. Zusätzlich gießen ausufernde sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs noch Öl ins Feuer.

Arbeit soll ein gutes Leben ermöglichen. Billigjobs machen arm. Um hier gegenzusteuern, muss die Tarifbindung wieder steigen. Allgemeinverbindliche Tarifverträge sind zu erleichtern und öffentliche Aufträge an Tarifbedingungen zu knüpfen. Gegen Arbeitgeber, die den Mindestlohn nicht zahlen, muss der Gesetzgeber mit engmaschigen Kontrollen hart vorgehen. Sachgrundlose Befristungen sind kurzer Hand zu verbieten. Und Leiharbeit und Werkverträge bedürfen klarer Grenzen, um deren Missbrauch zu unterbinden. Dann reicht auch ein Job zum Leben!

Entwicklung der Mehrfachbeschäftigung in Niedersachsen

– Stand jeweils 30. Juni des Jahres –



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2019; eigene Darstellung

Impressum: DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt Verantwortlich: Dr. Mehrdad Payandeh

Otto-Brenner-Straße 7 30159 Hannover Kontakt: sebastian.meise@dgb.de www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de

Abonnement für „#schlaglicht“ unter: www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de/newsletter

